

BLICKPUNKT PLENUM

11. – 13. März 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Zustimmung für Enquetekommission zur Bildung

Die SPD-Fraktion hat den einstimmigen Beschluss des Hessischen Landtags zur Einsetzung einer Enquetekommission auf Vorschlag der SPD als guten Schritt für die Zukunft unserer Kinder bezeichnet, die anderen Fraktionen bei der Formulierung des Antrags konstruktiv beteiligt haben. Der Titel „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ ist bewusst so gewählt worden. Die Zukunft des Bildungsbereiches in Hessen ist eines der zentralen Themen in Hessen. Diese Kommission gibt dem Hessischen Landtag die Chance, eine umfassende Bestandsaufnahme der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern vorzunehmen, die Rahmenbedingungen zu beleuchten, mögliche Perspektiven für die Weiterentwicklung zu skizzieren und Vorschläge für die hessische Bildungspolitik zu erarbeiten. Die Zusammensetzung der Enquetekommission aus Mitgliedern des Landtags, Vertretern der Gewerkschaften und Eltern- und Schülerverbänden verdeutlicht die Absicht, relevante Gruppen in die Diskussion mit einzubeziehen. Die Kommission soll Ende des Jahres 2015 über die Ergebnisse berichten, bewerten und Handlungsoptionen für die Zukunft der Bildungspolitik aufzeigen. Die Umsetzungswege sollen gemeinsam besprochen werden.

Selbstverwaltung wird ausgehöhlt

Als Angriff auf die durch das Grundgesetz geschützte kommunale Selbstverwaltung (Art. 28) bezeichnet die SPD-Landtagsfraktion den sogenannten „Herbsterlass“ des hessischen Innenministeriums. Mit dieser Anweisung aus Wiesbaden wird der Entscheidungsspielraum der gewählten Kommunalparlamente nahezu vollständig eingeschränkt. Das Land entzieht den Kommunen seit 2011 jährlich 350 Millionen Euro, Kosten für Ganztagsbetreuung sollen auf die Kommunen verlagert werden und mit dem so genannten Kinderförderungsgesetz die Mittel für Kinderbetreuung reduziert werden. Neben diesen Gebührensteigerungen soll auch die Grundsteuer B erhöht sowie die Pflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen durchgesetzt werden. Dabei müssen sich die Kommunen an den Durchschnittswerten vergleichbarer Kommunen orientieren und defizitäre Städte und Gemeinden werden gezwungen, die Hebesätze mindestens 10% über dem Landesdurchschnitt festzusetzen.

Damit werden weitere Haushaltslöcher in den Kommunen verursacht. Nun werde verlangt, die Gebühren für Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung und Bestattungswesen auf ein kostendeckendes Maß zu erhöhen. Das Land überträgt immer neue Aufgaben auf die Kommunen, weigert sich aber beharrlich, auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dafür sollen die Bürgerinnen und Bürger nun durch Steuer- und Gebührenerhöhungen die Zeche zahlen.

Statt mit weiteren drangsalierenden Forderungen gegenüber den Städten und Gemeinden aufzutreten und die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Gebühren zu belasten, fordern die SPD-Landtagsabgeordneten eine bessere Finanzausstattung für die Kommunen und die Rücknahme der verfassungswidrigen Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich von jährlich 350 Millionen Euro.

Abschlagsfreie Rente mit 63 muss kommen

Die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren muss zügig eingeführt werden müsse, fordert die SPD-Landtagsfraktion. Die Behauptung der FDP-Fraktion, diese Rentenreform gefährdet das Handwerk und den Mittelstand, ist vollkommen unbegründet. Schon heute besteht die Möglichkeit, frühzeitig in Rente zu gehen. Das hat jedoch nicht zu einer Gefährdung des Handwerkes geführt. Es ist auch keinesfalls zu erwarten, dass die Reform zu massenhaften Frühverrentungen führt. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass von den rund 200.000 Beschäftigten, die die Voraussetzung der neuen Rente mit 63 erfüllen, höchstens ein Viertel davon Gebrauch machen wird. Mit dieser Reform wird endlich die Lebensleistung vieler Menschen anerkannt, die 45 Jahre lang gearbeitet haben. Das eigentliche Problem von Handwerk und Mittelstand ist der Fachkräftemangel. Die SPD-Landtagsfraktion fordert dazu auf, sich dieses Problems endlich anzunehmen. Dies kann beispielsweise durch Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen gelöst werden, damit mehr Frauen

wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Des Weiteren müssen arbeitslose ältere Arbeitnehmer über 55 Jahre wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, ebenso wie Menschen mit Behinderungen. Gleichzeitig müssten mehr Jugendliche eine reelle Chance auf Ausbildung erhalten. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die hessische Landesregierung auf, die geplante Rentenreform ebenfalls zu unterstützen.

Hessen Schlusslicht bei Erneuerbaren Energien

Um die Umstände der rechtswidrigen Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis aufzuklären, hat die SPD-Landtagsfraktion beschlossen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dem Land ist durch das rechtswidrige Vorgehen bereits heute ein Schaden in Höhe von drei Millionen Euro für Anwalts- und Gerichtskosten entstanden. Das finanzielle Risiko, dass eine Klage von RWE gegen das Land Hessen haben würde, ist ungleich höher. Auch nach mehrfacher Prüfung der Unterlagen bleiben allerdings zu den Vorgängen um die Stilllegung viele Fragen offen. Noch dazu wurden die Akten schlampig geführt. Deshalb will die SPD-Landtagsfraktion der Frage nachgehen, wer für die Anordnung zur vorläufigen Stilllegung der beiden Biblis-Blöcke verantwortlich ist und welche Umstände zu rechtswidrigen Stilllegung vom 18. März 2011 geführt haben. Die CDU – insbesondere die hessische – hat Jahrzehnte lang die Gefahren der Atomenergie verniedlicht. Angesichts der schrecklichen Ereignisse von Fukushima ist sie dann offenbar in Hektik verfallen. Innerhalb von vier Tagen hat die CDU – auch aus wahltaktischen Gründen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg – alle rechtsstaatlichen Vorgaben über Bord geworfen und eine nicht rechtssichere Stilllegungsverfügung erlassen. Damit hat Hessen ein trauriges Alleinstellungsmerkmal. In keinem anderen Bundesland wurde die einstweilige Stilllegung aus dem März 2011 beklagt.

G8 ist ein Auslaufmodell

Den Beweis für das Scheitern der auf acht Jahre verkürzten Gymnasialzeit (G8) sieht die SPD-Landtagsfraktion in jetzt veröffentlichten Zahlen. Von den 107 hessischen Gymnasien sind bis zum laufenden Schuljahr bereits 39 zur klassischen neunjährigen Ausbildung zurückgekehrt, 22 weitere werden ab dem Schuljahr 2013/2014 wieder den längeren Weg zum Abitur anbieten. Weil auch die Zahl der Gymnasien, die am Schulversuch eines Parallelangebots von G8 und G9 teilnehmen, auf 15 ansteigt, wird es im nächsten Schuljahr nur noch 31 reine G8-Gymnasien in Hessen geben.

Von den 114 Kooperativen Gesamtschulen im Land sind bereits 85 zu G9 zurückgekehrt, 11 weitere planen dies für das kommende Schuljahr. Für die SPD-Landtagsfraktion ist damit bewiesen, dass die vielen Nachbesserungen bei der Verkürzung der Gymnasialzeit nur Unruhe für Kinder und Schulen gebracht hätten. Die tägliche Mehrbelastung für G8-Kinder erfolgt in einer Lebensphase, in der die Kinder am stärksten mit sich selbst und ihrer Umwelt beschäftigt sind, nämlich in der Pubertät. Das ist pädagogisch nicht sinnvoll. Die SPD plädiert nach wie vor für eine flexible Verkürzung am Anfang und am Ende der Schullaufbahn, also im Bereich der Schuleingangsstufe und der Oberstufe. Nicht alle hessischen Eltern haben in wohnortnahe eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9. Besonders im ländlichen Raum verhindern große Entfernungen zwischen den Schulstandorten eine freie Wahl der Schulform.

Pauschalierung löst die Probleme nicht

Kritik übt die SPD-Landtagsfraktion am vorgelegten Gesetzentwurf zur Pauschalierung der Landesförderung für Investitionsmittel im Krankenhausbereich. Der neue schwarz-grüne Entwurf ist der alte schwarz-gelbe Entwurf, und er hat die gleichen Mängel. Mit der Pauschalierung werden die Mittel nicht mehr und das Land gibt jegliche Steuerungsmöglichkeit aus der Hand. Bestehende Strukturen werden gefördert, ob sie nun sinnvoll sind oder nicht. Dass der Wettbewerb unter den Krankenhäusern eine sinnvolle Versorgung von Patientinnen und Patienten sichern wird, hält die SPD-Fraktion für ein Ammenmärchen. Wahrscheinlich ist, dass es verstärkt dazu kommen wird, dass Krankenhäuser den schnellen Profit suchen werden.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde